

# DEUTSCHSEIN HAT VIELE FACETTEN

Erwerb und Verlust der deutschen  
Staatsangehörigkeit

**DA KANN  
JA JEDER  
KOMMEN**  
Caritas öffnet Türen



## HINTERGRUND

Das Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) wurde 2024 durch das Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts (StARModG) überarbeitet. Seit 27.06.2024 kam es damit unter anderem zu Verkürzungen des geforderten rechtmäßigen Voraufenthalts und zur generellen Hinnahme der Mehrstaatigkeit. Beides wird von konservativer Seite scharf kritisiert und soll, wenn es nach dem Willen der Unionsparteien geht, rückgängig gemacht werden. Der Vorwurf, die Neuregelung führe zu mehr irregulärer Migration und die deutsche Staatsangehörigkeit werde an nicht (ausreichend) integrierte Personen „verschenkt“, hält einem Blick auf die Realitäten nicht stand, wie im Folgenden aufgezeigt wird.

## DEUTSCHE STAATSANGEHÖRIGKEIT DURCH ABSTAMMUNG

Die meisten Deutschen haben die  
Staatsangehörigkeit durch Abstammung

Die deutsche Staatsangehörigkeit wird durch Abstammung erworben, wenn mindestens ein Elternteil deutsch ist (§ 4 Abs. 1 StAG). Sind die Eltern nicht verheiratet, bedarf es einer Vaterschaftsanerkennung (§ 4 Abs. 1 Satz 2 StAG).

**Eine doppelte Staatsangehörigkeit ist oft durch  
Abstammung erworben und für Millionen Menschen  
gelebte Realität**

Die genaue Zahl der deutschen Doppelstaatler\_innen ist nicht bekannt. Schätzungen gehen von 2,9 bis 4,5 Millionen aus. Ein erheblicher Teil von ihnen ist nicht eingebürgert, sondern hat auf „natürlichem“ Weg mehrere Staatsangehörigkeiten erworben. Das gilt insbesondere für Kinder aus binationalen Familien, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Abstammung erwerben. Die Staatsangehörigkeit des anderen Elternteils haben sie, wenn auch nach dessen Heimatrecht das Abstammungsprinzip gilt. Sieht man die bis zu 2 Millionen binationalen Ehen in Deutschland, wird das Potential für Mehrstaatigkeit durch Abstammung deutlich.

2023 lebten laut Mikrozensus 2,7 Millionen sogenannte Spätaussiedler\_innen in Deutschland, die als Nachkommen von ausgewanderten Deutschen durch Abstammung die deutsche Volkszugehörigkeit haben (Art. 116 Abs. 1 GG). Von ihnen haben vermutlich die Mehrheit (teilweise ohne sich dessen bewusst zu sein) eine doppelte Staatsangehörigkeit, da sie die deutsche

Staatsangehörigkeit „automatisch“ mit der Einreise nach Deutschland erwerben, ohne die mitgebrachte abgeben zu müssen (§ 7 StAG).

Eine zentrale Änderung durch das StARModG ist die generelle Hinnahme der Mehrstaatigkeit, auch wenn sie nicht durch Abstammung entsteht. Bis Sommer 2024 galt die Pflicht zur Aufgabe der alten Staatsangehörigkeit - allerdings mit vielen Ausnahmen u.a. für EU-Bürger\_innen, Schweizer\_innen oder Personen, deren Herkunftsstaat sie nicht entlässt, sowie bei unzumutbaren Hürden für die Entlassung. Diese Pflicht wurde abgeschafft.

Durch die vielen Ausnahmen war die Mehrstaatigkeit schon vor der Gesetzesänderung eher zur Regel geworden. Laut Einbürgerungsstatistik wurden 2023 81 % unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit eingebürgert. Die 80 Prozent, die – wie die Union moniert – ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft behalten wollten, beruhen also nicht auf der Rechtsänderung von 2024. Um die Vermeidung von Mehrstaatigkeit „wieder“ zur Regel zu machen, müssten folglich auch diese Ausnahmen abgeschafft werden. Das wäre auch ein Affront gegenüber den anderen EU-Mitgliedsstaaten, die ihrerseits Deutsche unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit einbürgern. Bei denjenigen, die nicht oder nur unter unzumutbaren Umständen von ihrem Heimatland entlassen werden, wäre die Einbürgerung auch bei bester Integration dauerhaft ausgeschlossen.

>>

**Kontakt: [Elke.Tiessler-Marenda@caritas.de](mailto:Elke.Tiessler-Marenda@caritas.de)**

# DEUTSCHSEIN HAT VIELE FACETTEN

Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit

**DA KANN  
JA JEDER  
KOMMEN**  
Caritas öffnet Türen



Mit der Akzeptanz von Mehrstaatigkeit folgt Deutschland letztlich einem internationalen Trend: Nicht nur klassische Einwanderungsländer, sondern auch die meisten Mitgliedsstaaten der EU akzeptieren sie mittlerweile.

## **ERWERB DER DEUTSCHEN STAATS- ANGEHÖRIGKEIT NACH MEHRJÄHRIGEM, LEGALEN VORAUFENTHALT**

### **Nicht jede Geburt in Deutschland führt zur deutschen Staatsangehörigkeit**

Anfang des Jahrtausends wurde die Regelung eingeführt, dass das Kind ausländischer Eltern durch Geburt in Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit erwirbt, wenn sich ein Elternteil seit mindestens 8 Jahre legal in Deutschland aufhält und über ein unbefristetes Aufenthaltsrecht verfügt (§ 4 Abs. 3 StAG). Erfasst sind die Kinder von EU-Bürger\_innen oder von Besitzer\_innen einer unbefristeten Niederlassungserlaubnis. Die Kinder von Personen mit befristeter Aufenthaltserlaubnis sind ebenso ausgeschlossen wie die Kinder von Asylbewerber\_innen oder von Geduldeten. Die Frist für den legalen Voraufenthalt wurde mit dem StARModG von 8 auf 5 Jahre abgesenkt.

Auch diese Kinder sind Deutsche durch Geburt. Sie haben gegebenenfalls daneben die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern. Sie mussten sich deshalb nach den bis Juni 2024 geltenden Regeln als Erwachsene zwischen der deutschen und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden. Von dieser Optionspflicht waren sie ausgenommen, wenn ein Elternteil aus einem anderen EU-Staat stammt oder eine Entlassung aus der anderen Staatsangehörigkeit nicht zumutbar/nicht möglich war. Eine weitere Ausnahme galt seit Ende 2014 für Kinder, die in Deutschland aufgewachsen sind. Bis 2023 kamen auf diesem Weg rund 850.000 deutsche Doppelstaatler\_innen auf die Welt, bei denen zum überwiegenden Teil eine der Ausnahmen griff. Die Optionspflicht wurde durch das StARModG abgeschafft.

### **Ohne mehrjährigen, legalen Aufenthalt gibt's keine Einbürgerung**

Ein Anspruch auf Einbürgerung setzt einen mehrjährigen legalen Aufenthalt voraus (§ 10 Abs. 1 AufenthG). Die regelmäßige Voraufenthaltszeit wurde mit dem StARModG auf 5 Jahre gekürzt. Zeiten für ein Asylver-

fahren zählen nur, wenn es zu einer Anerkennung als Asylberechtigter oder als Flüchtling nach der GFK kam. Zeiten mit einer Duldung zählen nicht.

Voraussetzung für den erforderlichen legalen Aufenthalt ist, von Ausnahmen für anerkannte Flüchtlinge und andere humanitäre Aufenthaltsrechte abgesehen, u.a. die legale Einreise. In Einzelfällen können auch irregulär Eingereiste über eine Duldung nach einigen Jahren zunächst ein Bleiberecht und nach weiteren 5 Jahren eine Niederlassungserlaubnis erhalten, die den Weg in die Einbürgerung eröffnet. Diese eher utopische Einbürgerungsoption dürfte kaum Grund für eine illegale Einreise sein.

Bei bürgerschaftlichem Engagement oder guten schulischen oder beruflichen Leistungen und zusätzlich sehr guten Deutschkenntnissen kann die Frist für den Voraufenthalt auf bis zu 3 Jahre gesenkt werden (§ 10 Abs. 3 StAG). Der Vorwurf, dass damit die Einbürgerung in der Regel schon vor dem Erwerb der unbefristeten Niederlassungserlaubnis möglich sei, ist aus zwei Gründen unzutreffend: Die 3 Jahre sind die Ausnahme. Und Fachkräfte erhalten die Niederlassungserlaubnis unter Umständen schon nach 2 Jahren, Angehörige von Deutschen ebenso nach 3 Jahren wie gut integrierte Asylberechtigte oder anerkannte Flüchtlinge.

Gegen die Behauptung es käme seit Sommer 2024 zu Expressedeinbürgerungen spricht im Übrigen auch, dass das Verfahren, selbst wenn es schnell geht, mehrere Monate und in der Regel bis zu 1 ½ Jahre dauert. In manchen Kommunen können es auch mehrere Jahre werden.

## **VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE ANSPRUCHS- UND DIE ERMESSENSEINBÜRGERUNG**

### **Der Anspruch auf eine Einbürgerung hat viele Voraussetzungen.**

Wer kein Aufenthaltsrecht hat, wird nicht eingebürgert. Schon aus diesem Grund kann die Chance auf Einbürgerung kein Pull-Faktor für irreguläre Migration

>>

**Kontakt: [Elke.Tiessler-Marenda@caritas.de](mailto:Elke.Tiessler-Marenda@caritas.de)**

# DEUTSCHSEIN HAT VIELE FACETTEN

Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit

**DA KANN  
JA JEDER  
KOMMEN**  
Caritas öffnet Türen



sein. Für einen Einbürgerungsanspruch wird in der Regel ein 5-jähriger legaler Aufenthalt vorausgesetzt (§ 10 Abs. 1 S. 1 StAG).

Es wird ein Bekenntnis zur Freiheitlich Demokratischen Grundordnung (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 StAG) und seit 2024 auch ein Bekenntnis zur historischen Verantwortung Deutschlands, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, und zum friedlichen Zusammenleben der Völker verlangt (§ 10 Abs. 1a StAG). Wer das Existenzrecht Israels leugnet, wird nicht eingebürgert. Wer durch antisemitisches oder generell menschenverachtendes Handeln zeigt, dass das Bekenntnis zur Freiheitlich Demokratischen Grundordnung nicht wahrhaftig ist, oder wer wegen antisemitisch oder menschenverachtenden Taten verurteilt wurde, wird nicht eingebürgert (§ 10 Abs. 1 Satz 3, 12a StAG).

Eine Einbürgerung ist auch ausgeschlossen, wenn die Gleichberechtigung von Mann und Frau missachtet wird, bei staatsfeindlichen Aktivitäten (§ 11 StAG) oder bei verurteilten Straftäter\_innen (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 StAG).

Es werden Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung verlangt (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 7 AufenthG). Wer nicht in Deutschland zur Schule gegangen ist oder ein Abschluss in Jura, Sozial- oder Politikwissenschaften hat, muss das durch einen erfolgreichen Einbürgerungstest nachweisen.

Eine Voraussetzung ist auch das „passende“ Aufenthaltsrecht (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 StAG). Das haben freizügigkeitsberechtigte EU-Bürger\_innen oder Besitzer\_innen einer unbefristeten Niederlassungserlaubnis, einer Aufenthaltserlaubnis für Fachkräfte, Asylberechtigte oder Personen mit internationalem Schutz (wie z.B. viele Syrer\_innen). Bei „schwächeren“ Schutzformen (wie z.B. für Ukrainevertriebene) oder einem Aufenthalt für Ausbildung oder Studium ist eine Einbürgerung nicht möglich. Diese Personen werden erst dann eingebürgert, wenn sie eine unbefristete Niederlassungserlaubnis erworben haben.

Weiter müssen die Identität und die Staatsangehörigkeit geklärt sein (§ 10 Abs. 1 S. 1 StAG), was insbesondere Staatenlosen oder Personen aus zerfallenen Staaten (z.B. das ehemalige Jugoslawien oder die Sowjetunion) die Einbürgerung erschwert.

In der Regel wird vorausgesetzt, dass das Einkommen ausreicht, um den Lebensunterhalt für sich und die Familie zu sichern (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 AufenthG). Dazu gibt es seit 2024 nur noch Ausnahmen für Personen, die als Gast- oder Vertragsarbeiter\_innen eingereist sind, Vollzeiterwerbstätige, die nicht genug für sich und die Familie verdienen, sowie deren Ehegatt\_innen, wenn sie mit einem Kind in familiärer Gemeinschaft leben. Bis 2024 gab es auch Ausnahmen z.B. für Menschen mit Behinderung oder Alleinerziehende oder pflegende Angehörige. Diese Personen können seither nur noch als Härtefälle nach Ermessen eingebürgert werden.

Es müssen ausreichende Deutschkenntnisse nachgewiesen werden (§ 10 Abs. 1 Nr. 6 AufenthG). Das bedeutet, dass die deutsche Sprache selbständig beherrscht, Alltagstexte verstanden und Gespräche über alltägliche und persönlich Dinge geführt werden können. Bei den sogenannten Gastarbeiter\_innen, die vor Jahrzehnten kamen und wenig Gelegenheiten hatten, diese Kenntnisse auf dem geforderten Niveau zu erwerben, reichen einfache mündliche Deutschkenntnisse (§ 10 Abs. 4 S. 3 StAG).

## Einbürgerung nach Ermessen geht manchmal leichter

Bei der Ermessenseinbürgerung gelten im Grundsatz die gleichen Voraussetzungen wie für den Anspruch (§ 8 StAG). Es kann aber auf Voraussetzungen verzichtet werden. Beispiele für Einbürgerungen in kürzester Zeit oder mit unzureichenden Deutschkenntnissen finden sich z.B. immer wieder im Spitzensport.

Die Härtefallklausel erlaubt Ausnahmen bei der Lebensunterhaltssicherung (§ 8 Abs. 2 StAG). Diese Regelung wurde bisher sehr eng ausgelegt. Nach dem Willen des Gesetzgebers sollen aber seit den Änderungen 2024 Menschen, die wegen einer Behinderung oder Krankheit oder wegen Sorgearbeit ihr Einkommen nicht selbst sichern können und deshalb keinen Anspruch haben, per Ermessen eingebürgert werden. Ob das in der Praxis funktionieren wird, ist noch nicht absehbar.

>>

**Kontakt: [Elke.Tiessler-Marenda@caritas.de](mailto:Elke.Tiessler-Marenda@caritas.de)**

# DEUTSCHSEIN HAT VIELE FACETTEN

Erwerb und Verlust der deutschen  
Staatsangehörigkeit

**DA KANN  
JA JEDER  
KOMMEN**  
Caritas öffnet Türen



Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden

Teilweise wird auf politischer Ebene eine „Ausbürgerung“ bei Extremismus, aber auch bei „einfachen“ Straftaten ins Spiel gebracht. Das soll ermöglichen, diese Personen auszuweisen und aus Deutschland zu entfernen – was bei Deutschen nicht möglich wäre. Im Fokus sind dabei vor allem Doppelstaatler\_innen.

Art. 16 GG verbietet, die deutsche Staatsangehörigkeit zu entziehen. Diese Regelung soll willkürliche Ausbürgerung verhindern, wie sie im Nationalsozialismus geschehen sind. Für damals ausgebürgerte und ihre Nachkommen gibt es die sogenannte Wiedergutmachungseinbürgerungen nach Artikel 116 Abs. 2 GG oder nach § 15 StAG.

Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur aufgrund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn dadurch nicht Staatenlosigkeit entsteht. Es ist möglich die Staatsangehörigkeit freiwillig aufzugeben (§ 17 Abs. 1 Nr. 1 StAG). Wer die Einbürgerung erschleicht oder erpresst, kann sie durch Rücknahme verlieren (§ 17 Abs. 1 Nr. 3 StAG). Nach der Rechtsprechung des BVerfG ist das keine Entziehung und darf sogar zu Staatenlosigkeit führen, da niemand darauf vertrauen kann, dass eine rechtswidrig erlangte Einbürgerung Bestand hat (BVerfG, Urt. v. 24.05.2006, Az.: 2 BvR 669/04).

Der Eintritt in eine fremde Streitmacht kann ebenfalls zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit führen (§ 17 Abs. 1 Nr. 2 StAG), es sei denn dies würde zu Staatenlosigkeit führen (28 Abs. 1 StAG). Das gleiche gilt, wenn bei konkreter aktiver Beteiligung an Kampfhandlungen einer terroristischen Vereinigung im Ausland. Bei diesen Verlustgründen geht es um die Abwendung von Deutschland. Sicherheitserwägungen oder Allgemeinkriminalität können – auch wenn es sich um schwerwiegende Straftaten handelt, den Verlust der Staatsangehörigkeit nicht rechtfertigen.

## QUELLEN

Bevölkerungszahlen:

- [Statistisches Bundesamt](#)
- [Microzensus 2023](#)

Geburten nach Staatsangehörigkeit (2023):

- [statista.com](#)
- [Familienreport \(2024\)](#), S. 67 f.

Einbürgerung/Staatsangehörigkeit

- [Mediendienst Integration](#)
- [Migrationsbericht 2023](#), S. 210 ff.
- [Statistisches Bundesamt](#)

Doppelte Staatsangehörigkeit (Stand 2023)

- [Statistisches Bundesamt](#)
- [statista.de](#)
- [www.bdb.de](#) (Stand 2023)
- [Wissenschaftliche Dienste 3 – 3000](#) 180/22
- [dw.com](#)

Dauer von Einbürgerungsverfahren

- [www.einbürgerung.de](#)
- [Migrando Rechtsanwälte](#)